

Kita-Beiträge: SPD tritt bei Belastungshöhe auf die Bremse

Eltern akzeptieren bei hochwertigen Betreuungsangeboten eine Anpassung

CUXHAVEN. Von einer Doppelbelastung spricht die SPD-Fraktion angesichts einer von der Cuxhavener Stadtverwaltung vorgeschlagen Neuordnung des Elternbeitragsystem: An einem Staffelmodell sollen sich künftig die Kosten orientieren, die Eltern für die Betreuung ihrer Schützlinge in örtlichen Kindergärten, Tagesstätten, Krippen und Horten beisteuern müssen. Ferner sieht der Vorschlag der Stadt eine generelle Erhöhung der Beiträge um einen Wert von fünf Prozent vor.

Aus Sicht vieler Eltern, berichtete Ratsfrau Ulrike Hogrefe, geht das zu weit. Stellungnahmen mehrerer Väter und Mütter, die eine vor Kurzem von der SPD organisierte Diskussionsveranstaltung besucht hatten, bestärkten die Vorsitzende des Ratsausschusses für Familien und Soziales in dieser Auffassung.

Eltern gerieten ins Grübeln

Fraktionsvorsitzender Gunnar Wegener machte deutlich, dass die Erhöhung der Elternbeiträge zu diesem Zeitpunkt – nämlich unmittelbar vor einer anstehenden Einführung der Beitragsfreiheit für Kitaplätze in 2018 – generell infrage zu stellen sei. „Der Oberbürgermeister rechnet durch die Erhöhung mit Mehreinnah-

men pro Jahr von etwas über 300 000 Euro“, fuhr Wegener fort. „Daraus“, so gab er zu bedenken, „werden in 2017 aber bestenfalls 100 000 Euro. Und im darauffolgenden Jahr kommt dann die schrittweise Beitragsfreiheit! Wenn überhaupt, dann müssen wir über Veränderungen im Jahr 2018 reden.“ Dazu sei die SPD-Fraktion gerne bereit.

Im Dialog mit den im „Kubi“ versammelten Eltern, Kita-Leitern und Erziehern wurde klar, dass der Verwaltungsaufwand bei der geplanten stundenweisen Abrechnung und bei Pauschalen für Früh- und oder Spätdienste im Krippe-, Kita- und Hortbereich, sowie Geschwisterermäßigungen – insgesamt 20 bis 40 unterschiedlichen Betreuungsformen – enorm sei und auf jeden Fall vertraglich zu regeln wäre.

Bemängelt wurde während der SPD-Veranstaltung, dass Eltern, die beide berufstätig sind, besonders unter den Erhöhungen leiden würden – und das, obwohl sie sich möglicherweise gerade einen einzigen Betreuungsplatz leisten können. Einkommensschwächere Familien, so der Tenor, kämen bei einer Erhöhung zwischen 20 und 40 Euro pro Platz schon ins Grübeln, ob Berufstätigkeit, beziehungsweise der daraus resultie-

rende Verdienst und die Kosten für einen Betreuungsplatz überhaupt noch in einem Verhältnis stehen. Bei solchen Überlegungen falle die 25-prozentige Geschwisterermäßigung nur unwesentlich ins Gewicht, sind sich die Sozialdemokraten ziemlich sicher.

„Nicht überziehen!“

Insgesamt lehnt die SPD das neue Elternbeitragsystem allerdings nicht grundsätzlich ab. Das machte Ulrike Hogrefe im Namen ihrer Fraktion deutlich. Wenn es um Qualität und Verlässlichkeit gehe, seien Eltern durchaus dazu bereit, eine angemessene und in moderaten Schritten erfolgende Anpassung mitzutragen. Das bedeutet nach Hogrefes Worten jedoch, dass Familien mit Kita- oder Hortkindern nicht auf Knall und Fall mit einer Anpassung konfrontiert würden, bei denen ihnen die Spucke wegbleibt.

Die SPD-Ratsfrau gab zu bedenken, dass mit der Steigerung der Beiträge langsam, nämlich schon im vergangenen Jahr hätte begonnen werden können – so, wie es ursprünglich im Rat der Stadt vorgeschlagen war.

Entschieden wird über die Anpassung der Elternbeiträge aller Voraussicht nach auf der Ratssitzung Anfang Mai. (red/kop)